

ein Jahr statt 90 Tage wie bisher. Andere Personen, die bislang 20 Tage in Macau bleiben durften, können jetzt zehn Tage länger bleiben. Besucher aus Hongkong stellen in Macau das größte Kontingent. In der ersten Jahreshälfte machten sie 54% der Gesamtzahl aus. (XNA, 2.8.00) -ljk-

Taiwan

36 Taifun Bilis hinterlässt Spur der Verwüstung

Mit Windgeschwindigkeiten von über 200 km/h zog am 23. August der schwerste Taifun seit Jahren quer über Taiwan und hinterließ eine Spur der Verwüstung. Auf Grund seines großen Durchmessers von 600 km blieb kein Landesteil verschont. Am schwersten getroffen wurde Mitteltaiwan, darunter der Kreis Nantou, den bereits das große Erdbeben vor einem Jahr besonders in Mitleidenschaft gezogen hatte. Landesweit kamen elf Menschen ums Leben - davon die meisten in Nantou. Sechs weitere wurden vermisst. Die Zahl der Verletzten erreichte über hundert. In mehr als 70.000 Haushalten fiel der Strom aus. Die größten materiellen Schäden verzeichnete die Landwirtschaft. Erste Schätzungen lassen hier einen Verlust von 2,7 Mrd. NT\$ (97,4 Mio. Euro; nach anderen Angaben 3,7 Mrd. NT\$ entsprechend 133,5 Mrd. Euro) erwarten; 37% der gesamten Anbaufläche Taiwans waren betroffen. Die Regierung hat Kompensationszahlungen zugesagt und will Lagerbestände auf den Markt bringen, falls es zu Verknappungen und entsprechenden starken Preissteigerungen kommen sollte. (CP, 23. und 24.8.; CNAT, nach SWB, 25.8. und 26.8.00; NfA, 29.8.00)

Im Vergleich zu starken Taifunen der vergangenen Jahre (1996: Taifun Herb mit 43 Toten, 1997: Taifun Winnie mit 29 Toten) fielen die Schäden diesmal vergleichsweise gering aus, wenn man von den in der Tat außergewöhnlich hohen - und weitgehend wohl kaum vermeidbaren - in der Landwirtschaft absieht. Auch die Versorgungs- und Verkehrsunternehmen konnten die Unterbrechungen

ihrer Dienste diesmal kurz halten und entstandene Schäden rasch reparieren. Die Bemühungen, das in der Vergangenheit oft als wenig effizient kritisierte Katastrophenmanagement in Taiwan zu verbessern, scheinen mittlerweile Früchte zu tragen. (CP, 25.8.00) -hws-

37 Präsident Chen auf Weltreise

Der taiwanische Staatspräsident Chen Shui-bian unternahm vom 13. bis 25. August seine erste Auslandsreise nach seinem Amtsantritt im Mai. Sie führte ihn zu sechs der 29 Staaten, die Taiwan diplomatisch anerkennen: zur Dominikanischen Republik, nach Nicaragua, Costa Rica, Gambia, Burkina Faso und in den Tschad. Chen wurde begleitet von einer 22-köpfigen Delegation, der unter anderem Außenminister Tien Hung-mao (Tian Hongmao) und Wirtschaftsminister Lin Hsin-yi (Lin Xinyi) sowie dreizehn Vertreter der Privatwirtschaft angehörten. Mit ihm reisten ferner vier Parlamentarier sowie eine 53-köpfige Presseemannschaft. Die Weltreise erfolgte mit einer von Eva Air gecharterten und für diesen Zweck umgebauten Boeing 747. Wegen der Schäden durch Taifun Bilis zog der Präsident seinen Rückflug, der für den 26. geplant gewesen war, um einen Tag vor. (CNAT, nach SWB, 14.8. und 26.8.00; CP, 14.8. und 25.8.00)

Hauptzweck der Reise war, Taiwans schwache internationale Position zu festigen. Taiwans 29 Verbündete auf internationalem Parkett sind ausschließlich kleine und wirtschaftlich unbedeutende Staaten vor allem in Lateinamerika und Afrika, und auch deren Loyalität ist Taiwan nicht immer sicher, zudem die chinesische Regierung in Beijing letzthin verstärkte Abwerbeversuche unternahm. Dazu wurde sie besonders in Afrika aktiv. Mit seinen dortigen Staatsbesuchen beschritt Chen Shui-bian Neuland: Er war der erste taiwanische Präsident, der nach Afrika fuhr.

Die wichtigste Station war aber womöglich die Dominikanische Republik, wo Chen an der Amtseinführung des neuen Präsidenten teilnahm und bei dem Anlass mit über 20 anderen Staatsführern aus Mittelamerika und

der Karibik zusammentraf. (CNAT, nach SWB, 14.8.00)

Um daheim und seitens Beijing vorgebrachten Vorwürfen, Taiwan betreibe eine Dollar-Diplomatie, den Wind aus den Segeln zu nehmen, erklärte Außenminister Tien bereits im Vorwege, bei den Staatsbesuchen werde Chen keine neuen finanziellen Hilfszusagen geben. Sollten Bitten um zusätzliche finanzielle Unterstützung oder andere Hilfe geäußert werden, würden diese im Anschluss an die Reise zunächst geprüft. (CNAT, nach SWB, 14.8.00) Gleichwohl brachte Chen allerdings eine Hilfszusage im Wert von 4,6 Mio. US\$ für die Dominikanische Republik mit; mit dem Betrag wird Taiwan ein Darlehen der Interamerikanischen Entwicklungsbank unterstützen, mit dem die Dominikanische Republik ihre demokratischen Institutionen stärken soll. (CNAT, nach SWB, 29.8.00) In Taiwan kritisierte Ex-Außenminister Jason Hu von der Kuomintang sogleich, Chen habe sein Versprechen, keine neue Finanzhilfe zu verteilen, nicht eingehalten. (CNAT, nach SWB, 21.8.00) Auch aus Beijing wurden entsprechende Vorwürfe wiederholt, obwohl auch dort gern zu Methoden gegriffen wird, die den Vorwurf der Dollar-Diplomatie rechtfertigen. (Xinhua, nach SWB, 28.8.00) Chen Shui-bian erklärte die Vorwürfe, Taiwan verteile zu freigebig Geld an seine Verbündeten, nach seiner Rückkehr als ungerechtfertigt und verwies darauf, dass Taiwan als entwickelte Nation die Pflicht habe, Mittel zur Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen. Tatsächlich betrügen diese Mittel bislang lediglich 0,13% des Bruttoinlandsprodukts und seien daher noch als unzureichend anzusehen. (FT, 29.8.00)

Anders als die vorherige Regierung unter dem früheren Präsidenten Li Teng-hui, die sich das Wohlwollen kleiner Staaten mit üppigen Hilfszusagen erkaufte, ist Chens neue Regierung in dieser Hinsicht ein noch gänzlich undeschriebenes Blatt. Die Vermutung, Chen Shui-bian werde den freigebigen außenpolitischen Stil seines Amtsvorgängers fortsetzen, entbehrt bislang jeder Grundlage, und das 4,6 Mio.-Darlehen an die Dominikanische Republik wirkt gegenüber den von Li Teng-hui letztes Jahr versprochenen 300 Mio. US\$ Kosovo-Hilfe nachgerade dürftig. (Vgl. C.a., 1999/6, Ü 37)

Das meiste Aufsehen erregte auf Chens Reise jedoch ein Zwischenstopp: Auf dem Flug von Taipei in die Karibik legte Chen in Los Angeles einen 16-stündigen Aufenthalt ein. Gegen entsprechende Proteste aus der VR China hatten die USA ihm dafür ein Transitvisum erteilt. Einen zunächst geplanten informellen Empfang für Kongressmitglieder, organisiert von einem Demokraten des Repräsentantenhauses, sagte Chen kurzfristig ab, nachdem China protestiert hatte und das US-Außenministerium Bedenken äußerte. (IHT, 14.8.00) Die einzige politisch bedeutende Person, die Chen in Los Angeles zu einem Gespräch traf, war Richard Bush, Vorsitzender des American Institute in Taiwan, das als inoffizielle US-Vertretung in Taiwan firmiert. (CNAT, nach SWB, 16.8.00)

Ein etwas heikler Punkt vor Chens Abreise war die Frage, ob er während seiner Abwesenheit seine Funktion als Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber der Armee aufgeben sollte. Im Hinblick auf die stabile politische Lage sowie unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Vizepräsidentin Lü mit ihren undiplomatisch vorgetragenen Erklärungen zu Taiwans Eigenstaatlichkeit in der Armee keinerlei Respekt genießt, wurde jedoch auf eine solche Übertragung zentraler Aufgaben verzichtet. (CNAT, nach SWB, 11.8.00)

Insgesamt darf Chens Rundreise für Taiwan als Erfolg gewertet werden. Auch wenn konkrete Ergebnisse ausblieben, konnte er Taiwans Ansehen und Stellung bei den Verbündeten festigen und ihre Bereitschaft zur Abwehr Beijinger Avancen stärken. Dass die Reise allerdings bewirkt hätte, dass die ganze Welt - wie Chen hoffte - Taiwan wahrnehme, ist nicht zu erkennen, da Taiwans Verbündete in der Weltpolitik keine Rolle spielen. (CNAT, nach SWB, 2.8.00) -hws-

38 Chen Shui-bian veranlasst Wiederaufnahme der Ermittlungen in brisantem Mordfall

Präsident Chen veranlasste Anfang August die Bildung einer Sondereinheit, die versuchen soll, einen ungelösten Mordfall zu klären, in dem es Verbindungen nach Deutschland, Frank-

reich und Italien gibt und in den höchste Militärkreise in Taiwan verwickelt sein dürften. Es geht dabei um den mysteriösen Tod des Marinekapitäns Yin Ching-feng (Yin Qing-feng), der 1993 mit Einkäufen für die taiwanischen Seestreitkräfte befasst war, unter Korruptionsverdacht stand und am Morgen des 9.12.1993 verschwand. Einen Tag später wurde sein Leichnam von einem Fischer aus dem Meer geborgen. Eine gerichtsmmedizinische Untersuchung ergab den Verdacht auf Mord. Der Versuch des Militärs, den Vorfall geheim zu halten, scheiterte, im Marinehauptquartier wurde ein Tonband, das als zentrales Beweisstück angesehen wird, gelöscht, ehe eine Auswertung möglich war. Partner von Yin, die ebenfalls mit Waffeneinkäufen befasst waren, wurden in den folgenden Jahren der Korruption überführt und verurteilt. 1996 wurde ein in Kanada lebender Neffe Yin Ching-fengs ermordet. Dies sind nur einige der ungeklärt gebliebenen Teile eines außergewöhnlich komplizierten und zudem nach aller Wahrscheinlichkeit politisch brisanten Kriminalfalls. Die Versuche, das Gewirr an Verdächtigungen, Bestechungen und Gewaltakten aufzuklären, scheiterten bislang, vermutlich auch deswegen, weil die KMT-Regierung daran kein Interesse besaß. (www.taipeitimes.com, 7.8.00; CP, 1.8.00)

Chen Shui-bian war bereits 1994 in seiner damaligen Eigenschaft als Oppositionspolitiker mit dem Skandal befasst gewesen. Unterdessen sieht er offenbar günstigere Voraussetzungen für eine Aufklärung. Chen versicherte sich dazu unter anderem der Mitarbeit des Generalstaatsanwalts, der das Ermittlungsverfahren leitet, sowie des Innen-, des Justiz- und des Verteidigungsministeriums. Verteidigungsminister Wu Shih-wen (Wu Shiwen) jedoch geriet sogleich selbst in den Verdacht, mehr über den Mordfall zu wissen, als er bislang zugab. (CP, 1.8.00) Das Verteidigungsministerium organisierte eine Woche später eine Pressekonferenz, in der mehrere Generäle ihre Entschlossenheit zur Aufklärung des Falles erklärten und eine zunächst unüberschaubare Menge an angeblichem Beweismaterial vorlegten - Material, das ebenso gut zur Verschleiierung der tatsächlichen Verhältnisse

dienen könnte. Die Hauptvermutung geht dahin, dass Yin zu viel wusste und gedroht hatte, das bei internationalen Waffenkäufen grassierende Bestechungsunwesen publik zu machen. Im Falle der Verbindungen mit Frankreich jedenfalls, wo es um die Beschaffung von Lafayette-Fregatten ging, wurden die Zahlungen von Schmiergeldern 1996 von französischen Medien aufgedeckt und brachte Außenminister Roland Dumas in Schwierigkeiten. (CP, 9.8.00) -hws-

39 Taiwan streicht Feiertage

Als Ausgleich für die vom Parlament im Juni beschlossene Verkürzung der Wochenarbeitszeit kündigte die Regierung nun die Streichung mehrerer Feiertage an. Ab kommendem Jahr entfallen demnach

- der 28. Februar (Friedensgedenktag),
- der 12. November (Geburtstag Sun Yat-sens) und
- der 25. Dezember (Verfassungstag).

Demnach wird sich die Zahl der freien Tage im Jahr für Angestellte in Zukunft auf 113 und für Arbeiter auf 110 belaufen. (CP, 16.8.00) Trotz dieser Ausgleichsmaßnahme sehen vor allem kleine und mittelständische Unternehmen, die auf niedrige Arbeitskosten achten müssen, die verkürzten Wochenarbeitszeiten als existenzgefährdend an. (Vgl. C.a., 2000/6, Ü 50) -hws-

40 Neue Umfrage zum Verhältnis Taiwan - China

Die Demokratische Fortschrittspartei DPP stellte Ende August Ergebnisse einer in ihrem Auftrag durchgeführten Umfrage unter 1.033 über 20-Jährigen vor. Demnach lehnen 90,5% der Befragten die Auffassung der Beijinger Regierung ab, Taiwan könne nicht UNO-Mitglied werden, da es lediglich eine chinesische Provinz sei. 72,9% empfinden Taiwan als einen eigenen Staat, und 68,3% meinen, die „Republik China“ - so Taiwans offizielle Staatsbezeichnung - solle die Volksrepublik China als eigenen Staat formell anerkennen. 50,7% der Befragten halten die vom früheren Präsidenten

Li Teng-hui im Sommer 1999 verkündete Auffassung für richtig, wonach die Beziehungen zu China „besonderer zwischenstaatlicher“ Natur seien. Weiteren 27,7% gelten die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße sogar als „normale internationale Beziehungen“.

Hinsichtlich der Zukunft Taiwans sprechen sich 20,4% dafür aus, den Status quo vorerst beizubehalten, jedoch eine Vereinigung mit China anzustreben; 37,6% wollen den Status quo ebenfalls zunächst gewahrt wissen und später über die Frage „Wiedervereinigung oder Unabhängigkeit?“ entscheiden. 12,6% möchten Taiwans Status quo auf Dauer beibehalten.

Die Umfrageergebnisse bestätigen im Wesentlichen die in Taiwan seit langem bestehenden Grundüberzeugungen. Demnach sind 70 oder mehr Prozent der Bevölkerung (hier: 70,6%) nicht für eine rasche Aufgabe des Status quo und damit auch gegen eine baldige taiwanische Unabhängigkeitserklärung, und nur rund 20% sind sich schon jetzt sicher, dass sie längerfristig eine Wiedervereinigung mit China erreichen möchten. Das Bewusstsein, in einem eigenen Staat zu leben, vereint rund drei Viertel der Taiwaner, und neun Zehntel sprechen sich gegen den von der VR China auf internationaler Ebene erhobenen Alleinvertretungsanspruch aus. Die Umfrage macht damit erneut klar, dass Aussagen der Beijinger Regierung, wonach ihre Ein-China-Doktrin auch von den taiwanischen Landsleuten unterstützt werde, nicht der Wirklichkeit entsprechen. (CNAT, 27.8.00, nach SWB, 29.8.00) -hws-

41 Nationaler Verteidigungsbericht sieht wachsende Bedrohung von Taiwans Sicherheit

Am 8. August legte das Verteidigungsministerium in Taipei seinen neuen nationalen Verteidigungsbericht vor. Er erkennt eine wachsende Bedrohung durch die chinesische Volksbefreiungsarmee (VBA), die dabei sei, ihre Angriffsmöglichkeiten durch elektronische Kriegführung und Aufrüstung in verschiedenen Bereichen zu diversifizieren. Insbesondere wird konstatiert, dass die chinesische Luftwaffe ab 2005 die Lufthoheit über der Taiwanstraße

gewinnen werde. Eine eventuelle gewaltsame Besetzung der Insel werde die VBA mit einer Seeblockade sowie Bomben- und Raketenangriffen einleiten. Bis 2005 werde die Zahl der an der Südostküste stationierten und gegen Taiwan gerichteten Raketen 600 überschreiten. Für eine Invasion der Insel werde die VBA dann bis zu 400.000 Soldaten mobilisieren können.

Vor diesem Hintergrund habe Taiwan seine Fähigkeiten verstärkt, Gegenangriffe zu führen. Die bisherige Strategie „Verteidigung und Abschreckung“ sei ersetzt worden durch „Abschreckung und Verteidigung“, mit anderen Worten: Taiwan setzt weniger als bisher auf reine Defensivwaffen und stärker auf aktive Schwächung des Gegners. Das Militär sei entschlossen, zu diesem Zweck eine Elitetruppe aufzubauen.

Verteidigungsminister Wu erklärte, Taiwan plane nicht, sich auf einen Rüstungswettlauf mit der VR China einzulassen. Vielmehr strebe man den Aufbau eines gegenseitigen Vertrauensmechanismus an, um einen dauerhaften Frieden an der Taiwanstraße zu erzielen. Austausch und politische Entspannung seien im Interesse des Militärs.

Der Bericht ist der fünfte in einer seit 1990 im zweijährigen Tournus erscheinenden Serie. Seine Publikation war ursprünglich für den März geplant, wurde im Hinblick auf den Machtwechsel an der Staatsspitze jedoch verschoben und revidiert. So geht die Forderung nach wechselseitigen vertrauensbildenden Maßnahmen des Militärs auf Präsident Chen Shui-bian zurück. (CNAT, nach SWB, 10.8.00) Der Bericht stellt klar die zunehmend prekärer werdende Sicherheitslage Taiwans dar. Während China seine Angriffsfähigkeiten derzeit mit russischer Hilfe modernisiert und über reichlich eigene Ressourcen zur Aufrüstung und Verstärkung seines Raketenpotenzials verfügt, kann Taiwan seine gewünschten Waffenkäufe selbst bei den USA als heimlicher Schutzmacht nicht unbedingt durchsetzen. (Vgl. C.a., 2000/4, Ü 48)

Chen Shui-bian nutzte daher noch vor der Veröffentlichung des Verteidigungsberichts die Gunst der Stunde - nämlich den Präsidentenwahlkampf in den USA -, um öffentlich

auf die sich verschlechternde Sicherheitslage der Inselrepublik hinzuweisen. Er forderte dabei die Luftwaffe auf, eine neue Flugzeuggeneration zu entwickeln, die Taiwan die Lufthoheit über der Taiwanstraße auch in Zukunft sichern könne. Es ist allerdings klar, dass Taiwan mit schlagkräftigeren Düsenjägern allein nicht geholfen sein wird. Derzeit verfügt Taiwan außer über 130 selbst entwickelte Jäger (IDF - indigenous defence fighters) noch über 150 amerikanische F-16 und über 60 französische Mirage 2000-5. (CNAT, nach SWB, 5.8.00; SCMP, 4.8.00; IHT, 5./6.8.00) -hws-